

Nr. 18/921

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Häusliche Gewalt im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1235](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1281](#))

2. Jacobs University - Gewinn und Potenzial für Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1236](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1282](#))

3. Mobbing an Schulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1237](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014
(Drucksache [18/1283](#))

4. Gewalt und Straftaten gegen Kinder im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2014
(Drucksache [18/1247](#))

Nr. 18/922

Fragestunde

1. Polizeieinsätze mit psychisch erkrankten Menschen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2014

2. Gefährdung der Polizeibeamten im Land Bremen durch gewaltbereite Personen
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2014

3. Teilnahme Bremens am EU-Schulobst- und -gemüseprogramm
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2014
4. Stand der Umsetzung bei den schulersetzenen Maßnahmen durch die Re-BUZen
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2014
5. Einnahmen durch Gewinnabschöpfung aus Straftaten
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2014
6. Wann gibt es endlich ein Sanierungskonzept für die BAB 270?
Anfrage der Abgeordneten Reiner Holsten, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Polizeiarbeitszeitverordnung
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2014

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Staatliche Fördergelder für Areva
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 27. Januar 2014
9. Erwerbslose ohne Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. Januar 2014
10. Bericht über die gemeinnützige Sozialwirtschaft im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. Januar 2014
11. Wann leuchtet Bremerhaven kreativ?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Frank Willmann, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2014
12. Rechnungsbearbeitungen für Beihilfeberechtigte
Anfrage der Abgeordneten Dirk Schmidtman, Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2014
13. Ärztliche Bedarfsplanung im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. Februar 2014
14. Umsetzung des Funktionsstellenrasters für die Grundschulen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. Februar 2014
15. Einrichtung von palliativmedizinischen Liaisondiensten an Bremer Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Februar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

16. Wirtschaftsspionage im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Andreas Kottisch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 11. Februar 2014

17. Erdwärmennutzung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2014
18. Operation „Spaten“
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Februar 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/923

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:
„Beck's braucht Bremen – Stellenstreichungen bei AB InBev verhindern, Beschäftigte nicht im Regen stehen lassen!“;
2. auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Rot-grüner Urnenkult – ein Fall für den politischen Friedhof“;
3. auf Antrag der Abgeordneten Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten Sybille Bösch, Winfried Brumma, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:
„Hebammen in Bremen bald ohne Versicherungsschutz – Berufsstand vor dem Aus?“

Nr. 18/924

Konsensliste – Neufassung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. Februar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord Eigenbetrieb des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013
(Drucksache [18/1086](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.
2. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Medien-gesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH
Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2014
(Drucksache [18/1228](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014
(Neufassung der Drucksache [18/1262](#) vom 18. Februar 2014)
(Drucksache [18/1270](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Änderungen der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 19. Februar 2014
(Drucksache [18/1271](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (18. Wahlperiode) in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 29. Juni 2011, zuletzt geändert durch Beschluss vom 20. Juni 2013, wird wie folgt geändert:

1. § 30 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
„In der Stadtbürgerschaft ist sie der erste Tagesordnungspunkt, im Landtag wird sie zu Beginn des zweiten Plenartages behandelt.“
2. § 30 a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
In Satz 1 werden nach dem Wort „findet“ die Worte „in der Stadtbürgerschaft“ eingefügt; die Worte „im Landtag ist sie der erste Tagesordnungspunkt“ werden angefügt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
„Die Redezeit pro Fraktion oder Gruppe darf bei einem Thema fünfzehn Minuten nicht überschreiten. Werden mehrere Themen behandelt, darf die Redezeit pro Fraktion oder Gruppe in der Aktuellen Stunde dreißig Minuten nicht überschreiten. Je Thema sind bis zu zwei Redebeiträge pro Fraktion oder Gruppe zulässig. Dem Senat stehen die gleichen Redezeitenkontingente zur Verfügung.“
3. In § 58 a Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „mit einer Drucksachennummer versehene“ gestrichen.
4. Anlage 1 Verhaltensregeln für Abgeordnete wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Ziffer I. 4. werden folgende Ziffern angefügt:
 - „5. Entgeltliche Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten, publizistische und Vortragstätigkeit, soweit diese Tätigkeiten nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegen und das Entgelt insgesamt im Monat höher ist als ein Sechstel der monatlichen Entschädigung nach § 5 Abs. 1 des Bremischen Abgeordnetengesetzes.
 6. Zuwendungen und Vergünstigungen, die ein Abgeordneter für seine politische Tätigkeit persönlich erhalten hat.
 7. Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen, bei Aktiengesellschaften nur, wenn der Nennbetrag der Aktien mehr als 1 vom Hundert des Grundkapitals ausmacht.“
 - b) Ziffer II. der Anlage 1 Verhaltensregeln für Abgeordnete wird gestrichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

5. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 25 vom 19. Februar 2014 (Drucksache [18/1272](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
6. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau
Surena Tesfaye Balcha
anstelle des Abgeordneten Dirk Schmidtman zum stellvertretenden Mitglied Landesjugendhilfeausschusses.
7. Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 der Landesverfassung
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 25. Februar 2014 (Drucksache [18/1279](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/925

Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Januar 2014
(Drucksache [18/1226](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/926

Einflussmöglichkeiten auf Intensivtierhaltung nutzen und vorantreiben

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1048](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die im Zuge der Novellierung des Baugesetzbuchs erreichte Verbesserung kommunaler Einflussmöglichkeiten auf die planerische Steuerung bei Errichtung und Ausbau von Intensivtierhaltungsanlagen, stellt aber zugleich fest, dass Handlungsbedarf besteht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Ansiedlung und Überprüfung von Intensivtierhaltungsanlagen in die Gemeinsame Landesplanung (GLP) Bremen/Niedersachsen einzubeziehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten von Intensivtierhaltung fortzusetzen und sich auf Bundesebene insbesondere
 - a) für eine Entkopplung der Verschreibung und des Verkaufs von Medikamenten durch dieselbe Tierärztin/denselben Tierarzt in der Tierhaltung einzusetzen und
 - b) dafür einsetzen, dass alle Privilegien im Baurecht für Anlagen der Intensivtierhaltung abgeschafft werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der öffentlichen Beschaffung von tierischen Produkten dafür einzusetzen, einen möglichst hohen Anteil nicht aus Intensivtierhaltung zu beziehen und diesen Anteil kontinuierlich zu steigern.

Nr. 18/927

Umgang der Polizei Bremen mit Gewalt gegen und durch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. September 2013
(Drucksache [18/398 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. November 2013

(Drucksache [18/410 S](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/928

Solidarität mit der Polizei – Gewalt gegen Polizeibeamte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 24. Februar 2014
(Drucksache [18/1276](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 18/929

Gewalt am Rande von Fußballspielen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache [18/1115](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2014

(Neufassung der Drucksache [18/1220](#) vom 17. Dezember 2013)
(Drucksache [18/1250](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/930

Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2014
(Drucksache [18/1248](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

